

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 01.12.2017, 12:00 Uhr

Raum, Ort: FB Kinder, Jugend, Familie, Großer Saal, Eiermarkt 4-5, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.10.2017
3. Vorstellung des Staatstheaters durch die Generalintendantin Frau Schlingmann (Vortrag)
4. Mitteilungen
- 4.1. Ausstellungsprogramm der "halle 267 - städtische galerie braunschweig" für das Jahr 2018 17-05827
5. Anträge
6. Haushalt 2018: Entwurf und Änderungsanträge 2018 17-05852
7. Anfragen

Braunschweig, den 24. November 2017

Betreff:

Ausstellungsprogramm der "halle 267 - städtische galerie braunschweig" für das Jahr 2018

Organisationseinheit:

DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat

Datum:

24.11.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

01.12.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Dezernat für Kultur und Wissenschaft legt hiermit das Programm der „halle267 – städtische galerie braunschweig“ für das Jahr 2018 nach der Zustimmung des Auswahlgremiums am 6. November 2017 vor.

Jahresprogramm 2018:

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Konzepts der „halle267 – städtische galerie braunschweig“ (Drucksache: 17-04428) werden die folgenden Projekte präsentiert.

Ab Januar 2018: Hanna Nitsch (Eröffnung: 25.01.2018, 19 Uhr)

Zehn Jahre sind seit ihrem Abschluss (2007 Meisterschülerin) an der HBK Braunschweig vergangen. In ihrer Ausstellung verbinden sich Zeichnungen, abstrakte Arbeiten, Videos und überzeichnete Fotos, die alle die Wirkungsmacht von Bildern untersuchen.

Ab April 2018: Museum für Photographie

Das Museum für Photographie wird eine Parallelausstellung mit dem Schwerpunkt Photobuch in der „halle267“ zur ersten Einzelausstellung in Deutschland von Stephen Gill in den Torhäusern präsentieren. Die Ausstellung wird ergänzt durch Projektionen und weitere Bildfindungen.

Ab Juni 2018: „OUT OF SASNAK“ von Bjørn Melhus

Der Künstler und HBK-Absolvent Bjørn Melhus zeigt in einer Einzelausstellung eine Auswahl von Arbeiten aus 25 Jahren seines künstlerischen Schaffens. Neben drei wegweisenden Werken, die bereits während des Studiums an der HBK Braunschweig entstanden sind, wird auch eine exemplarische Auswahl aus den Folgejahren zu sehen sein.

Ab September 2018: Ute Heuer

Ute Heuer ist gebürtige Braunschweigerin und hat in den 80er Jahren an der HBK in Braunschweig bei Prof. Lienhard von Monkiewitsch und Prof. Roland Dörfler Malerei studiert. Seit 2011 ist sie Professorin für Malerei an der Hochschule Hannover. In der Ausstellung wird sie retrospektiv unterschiedliche Stationen ihrer künstlerischen Positionen zeigen. Im Vordergrund wird die Auseinandersetzung mit Farbe und ihrer Wahrnehmung stehen.

Ab Oktober 2018: BBK Jahresausstellung

Das Gesamtprogramm abrunden wird die Jahresausstellung des BBK Braunschweig. Dabei werden ca. 50 Künstler und Künstlerinnen präsentiert und eine Überblickschau von ca. 80 Einzelwerken zu sehen sein.

Die genauen Daten der Ausstellungen werden den Ausschussmitgliedern rechtzeitig mitgeteilt.

Dr. Hesse

Anlage/n: keine

Betreff:

Haushalt 2018
Entwurf und Änderungsanträge 2018

Organisationseinheit:

DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat

Datum:

29.11.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Entscheidung)

Sitzungstermin

01.12.2017

Status

Ö

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2018 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 3 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Sachverhalt:

Auf Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurfs 2018 wurden von den politischen Fraktionen und den Stadtbezirksräten Anfragen und Anregungen sowie finanzwirksame und finanzunwirksame Änderungsanträge gestellt. Parallel dazu hat die Verwaltung zwingend erforderliche Ansatzveränderungen ermittelt.

Den Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft betreffend wurden folgende Anfragen und Anträge gestellt:

1. Anfragen/Anregungen

- Anlage 1.1 Anfrage/Anregung Nr. A 009 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Anlage 1.2 Anfrage/Anregung Nr. A 010 der AfD-Fraktion
- Anlage 1.3 Anfrage/Anregung Nr. A 011 der AfD-Fraktion
- Anlage 1.4 Anfrage/Anregung Nr. A 012 der BIBS-Fraktion
- Anlage 1.5 Anfrage/Anregung Nr. A 013 der Fraktion DIE LINKE
- Anlage 1.6 Anfrage/Anregung Nr. A 142 der BIBS-Fraktion

2. Finanzunwirksame Anträge

- Anlage 2.1 Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 043 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Anlage 2.2 Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 044 der SPD-Fraktion
- Anlage 2.3 Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 050 der CDU-Fraktion
- Anlage 2.4 Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 147 der DIE FRAKTION P²

3. Finanzwirksame Anträge

- Anlage 3.1 Ergebnishaushalt - Anträge der politischen Gremien
 - 3.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 070
 - 3.1.2 Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 063
- Anlage 3.2 Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Anlage 3.3 Investitionsprogramm - Anträge der politischen Gremien
- Anlage 3.4 Investitionsprogramm - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Zur Produktdarstellung im Haushaltsplanentwurf 2018 ist anzumerken, dass die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zu Veränderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen, teilweise auch zu Veränderungen der Produktkennzahlen führen können. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltsplans 2018 abgebildet werden.

Zum Jahresabschluss 2016 (für das Haushaltsjahr 2017) sind für den Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft Haushaltsreste in Höhe von 383 T€ gebildet worden. Bis Ende 2021 ist geplant, diese Haushaltsreste bis auf einen Stand von 0 € abzubauen. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2018, der den Haushaltsresteabbau bis Ende 2021 mit insgesamt 21,6 Mio. € beziffert, beinhaltet diese Planung.

Nachrichtlich sind die finanzwirksamen kulturpolitischen Anträge der Fraktionen dieser Vorlage noch einmal in Kopie beigefügt.

Die abschließende Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2018 ist in der Ratssitzung am 6. Februar 2018 vorgesehen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

- Anlagen zur lfd. Nr. 1
- Anlagen zur lfd. Nr. 2
- Anlagen zur lfd. Nr. 3
- Anlage 4: finanzwirksame kulturpolitische Anträge der Fraktionen

Dezernat IV

29.11.2017

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 009 der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Die Stellungnahme zu der Anfrage
Nr. A 009 wird kurzfristig nachgeliefert.**

Dezernat IV

23.11.2017

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 010 der AfD-Fraktion

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Kontinuitätsförderung sonstige Volksbildung" um über 120.000,-EUR?

Begründung:

Auf S.548, Produkt 1.25.2733.09 sind für 2017 315 TEUR angegeben, für 2018 438 TEUR.

Antwort:

Wesentlich für die Steigerung der Sachaufwendungen auf diesem Produkt sind die im Haushaltsjahr 2018 erstmals (anteilig für das Jahr 2018) berücksichtigten gebäudebezogenen Kosten für die Eröffnung des neuen soziokulturellen Zentrums am Westbahnhof (80 T€ / Miet- und Nebenkosten). Darüber hinaus wurden die anteiligen Gebäudekosten für die kulturelle Nutzung des Brunsviga-Gebäudes in der Karlstraße, in Abweichung zum Vorjahr, auch in der Planung konkret dem zugehörigen Produkt zugeordnet (rd. 42 T€). Im Vorjahr waren diese Kosten in der Planung nur der zugehörigen Kostenstelle „Kulturinstitut“ zugeordnet worden.

gez.

Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 011 der AfD-Fraktion**Text:**

Der Defizitausgleich für das Staatstheater war bereits 2017 um weitere 400.000,-EUR gestiegen. Für 2018 ist dieser zusätzliche Betrag ebenfalls eingeplant. Da Braunschweig nur ein Drittel des jeweiligen Defizits ausgleicht, sind Mehrkosten von ca. 1,2 Mio EUR entstanden. Welche Ursachen liegen zugrunde?

Begründung:

Auf S.104, in Produkt 1.25.2610.08 ist für 2018 ein Zuschußbedarf von 10,316 Mio EUR enthalten.

Antwort:

Die Erhöhung der Beteiligung der Stadt Braunschweig an den nicht durch Einnahmen gedeckten laufenden Betriebskosten des Staatstheaters Braunschweig basiert auf die in den Landeshaushalt eingepflegten Tarifierpassungen für die Beschäftigten des Staatstheaters. Über den Mehrbedarf wurden die Mitglieder des AfKW per Mitteilung (Drucksache 16-03491) vom 15. Dezember 2016 informiert. Anschließend teilte das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Januar 2017 mit, dass der Entwurf des Doppelhaushalts des Landes für 2018 nunmehr eine Beteiligung Stadt Braunschweig in Höhe von 10.316.000 € vorsieht. Auch diese Erhöhung um 28.000 € beruht nach Auskunft des MWK auf Tarifierkostensteigerungen.

Nach Nr. 3 Satz 3 der Klarstellungsvereinbarung, vom 3./10. Februar 2011 (die zur Klarstellung der Regelungen der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig über den Betrieb des Staatstheaters Braunschweig von 1955/56 abgeschlossen wurde; siehe Drucksache 11627/11) stellen Kostensteigerungen infolge von Tarifabschlüssen unabweisbare Mehrkosten dar.

gez.

Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 012 der BIBS-Fraktion**Text:**

Im Beirat des "Braunschweigischen Geschichtsvereins e.V." sitzen auch Angestellte der Stadt Braunschweig. Wir bitten um Auskunft darüber, ob der Verein finanzielle Unterstützung durch die Stadt Braunschweig erfährt und wenn ja, in welcher Höhe.

Begründung:**Antwort:**

Der Braunschweigische Geschichtsverein wurde 1901 als „Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig“ gegründet. Der gemeinnützige Geschichtsverein, der heute etwa 450 Mitglieder zählt, verfolgt den Zweck die Landesgeschichte, das historische Bewusstsein und die regionale Identität unserer Region zu fördern. Diesen Zweck erfüllt der Verein, in dem er mit dem Braunschweigischen Jahrbuch für Landesgeschichte die einzige wissenschaftliche Zeitschrift zur braunschweigischen Landesgeschichte (wissenschaftliche Aufsätze und Rezensionen) herausgibt, im Rahmen der Quellen und Darstellungen zur Braunschweigischen Landesgeschichte relevante landesgeschichtliche Forschungsergebnisse publiziert sowie Tagungen, Vorträge und weitere Veranstaltungen mit landesgeschichtlichem Inhalt organisiert und durchführt. Bei seiner Arbeit kooperiert der Braunschweigische Geschichtsverein mit zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen der Region (z. Bsp. TU Braunschweig oder Braunschweigisches Landesmuseum). Im Rahmen dieser Kooperationen arbeitet der Verein seit seiner Gründung vor mehr als 110 Jahren auch eng mit der Stadt Braunschweig, v.a. mit dem Stadtarchiv und dem Städtischen Museum zusammen. Seine Geschäftsstelle befindet sich im Niedersächsischen Landesarchiv - Standort Wolfenbüttel. Der Vorsitzende ist zur Zeit der Leiter dieser Institution, Herr Dr. Brage Bei der Wieden. Dies vorausgeschickt beantworte ich die Anfrage wie folgt.

Im Beirat des Geschichtsvereins sind derzeit neben anderen Persönlichkeiten auch Frau Dr. Annette Boldt-Stölzebach und Herr Dr. Henning Steinführer vertreten. Beide sind persönliche Mitglieder des Vereins und nicht als Vertreter der Stadt Braunschweig in dieses Gremium entsandt. Die Stadt Braunschweig ist seit Vereinsgründung Mitglied des Braunschweigischen Geschichtsvereins und zahlt (über das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek) den in der Satzung festgelegten Jahresbeitrag von derzeit 25,00 Euro. Dafür erhalten beide Institutionen das Braunschweigische Jahrbuch für Landesgeschichte, in welchem auch regelmäßig wichtige Beiträge zu allen Epochen der Stadtgeschichte erscheinen. Das Jahrbuch kann sowohl in der Stadtbibliothek als auch im Stadtarchiv während der Öffnungszeiten eingesehen werden. Im Falle der Stadtbibliothek kann das Jahrbuch auch ausgeliehen werden. Darüber hinaus finden

ebenfalls seit Jahrzehnten in Kooperation mit dem Stadtarchiv und dem Städtischen Museum wissenschaftliche Vortragsveranstaltungen zu einem breiten landes- und stadtgeschichtlichen Themenspektrum statt. Für diese Veranstaltungen, bei dem Archiv bzw. Museum Mitveranstalter sind, wurden und werden städtische Räumlichkeiten (Lichthof Städtisches Museum, Roter und Blauer Saal im Schloss) genutzt. Der Braunschweigische Geschichtsverein war darüber hinaus in den letzten Jahren auch Kooperationspartner im Rahmen des Themenjahres „1913 – Braunschweig zwischen Monarchie und Moderne“. Eine direkte finanzielle Unterstützung im Rahmen der Projekt- oder Kontinuitätsförderung hat der Braunschweigische Geschichtsverein in den letzten zehn Jahren von der Stadt Braunschweig nicht erhalten. Es liegen derzeit auch keine Anträge vor.

gez.

Dr. Hesse

Dezernat IV

23.11.2017

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 013 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Bereits zum vergangenen Haushalt wurde der Ansatz für die Beschaffung von höherwertigen Mobiliar für das städtische Museum erhöht. Im Entwurf 2018 erfolgt einer weitere Erhöhung um rund 156.000 Euro. Warum?

Begründung:

Antwort:

Zusätzliche Finanzmittel werden für nachstehend aufgeführte Investitionsmaßnahmen (einmalig) benötigt:

1. Erweiterung/Installation eines Temperatur- und Luftfeuchtigkeitmesssystems in den Ausstellungsräumen und Depotbereichen Steintorwall 14 (Galeriegebäude) und Altstadtrathaus (100 T€)

Das Messsystem wird dringend benötigt, um Schäden an wertvollen Objekten (u.a. Zerfall und somit Verlust einzelner Objekte) zu verhindern. Darüber hinaus können Folgekosten (z. B. aufwendige Restaurierungserfordernisse durch unsachgemäße Lagerung) minimiert werden.

2. Neuanschaffung von Vitrinen für die Einrichtung eines Münzkabinetts (30 T€)

Die numismatische Sammlung des Städtischen Museums ist von außerordentlich hohem Rang und weist eine enorme historische und topographische Vielfalt auf, wie noch jüngst von Expertenseite bestätigt wurde. Besondere Bedeutung kommt hierbei auch der Geschichte Braunschweigs und des Geschlechts der Welfen zu. Die Sammlung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ein interessiertes Publikum anziehen wird, wird derzeit in der Dauerausstellung nicht präsentiert. Es ist vorgesehen, im 2. Obergeschoss des Museums ein eigenes Münzkabinett einzurichten. Durch die Vielseitigkeit der numismatischen Sammlung ließen sich in diesem Kabinett in regelmäßigem Turnus Wechselausstellungen zu kulturhistorisch relevanten Themen ausrichten. Um das Münzkabinett einzurichten, müssen geeignete Sicherheitsvitrinen für ca. 12 lfd. Meter angeschafft werden. Des Weiteren ist die Anschaffung von Hängevitrinen für ca. 4 lfd. Meter erforderlich.

Für beide Maßnahmen wurden in 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 130 T€ bereitgestellt.

gez.
Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 142 der BIBS-Fraktion**Text:**

In der Mitteilung Ds. 17-04323 teilte die Verwaltung am 19.05.2017 einige "erweiterte konzeptionelle Überlegungen zur Thematik 'Euthanasie' mit. Zur Vorbereitung des Projektes sollten Gespräche mit WissenschaftlerInnen "geführt werden mit dem Ziel, das Format der wissenschaftlichen Bearbeitung zu definieren und einen Projektzeitplan zu entwickeln." Weiter hieß es: "Auf der Grundlage eines in diesem Forum entwickelten Gesamtkonzeptes wird auch der zu erwartende Kostenrahmen für die Umsetzung des Projektes ermittelt werden. Es ist geplant, ein Konzept inkl. Definition von Maßnahmeschritten und Kostenrahmen zum Haushalt 2018 anzumelden." Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen:

1. Hat das Forum "Runder Tisch Euthanasie" bereits getagt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Wenn nein: Wann wird das Forum erstmals tagen?
3. Hat die Verwaltung ein Konzept inkl. Definition von Maßnahmeschritten und Kostenrahmen zum Haushalt 2018 angemeldet, und wenn ja: In welcher Höhe sollen städtische Gelder bereitgestellt werden?

Begründung:**Antwort:**

Die Entwicklung der erweiterten konzeptionellen Überlegungen zur Thematik „Euthanasie“ ist von der Verwaltung vorangetrieben worden. Ausgehend vom Grundsatzbeschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017, ein Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung in Erinnerung an die so genannten „Euthanasie-Opfer“ im Dritten Reich zu erarbeiten und es den Gremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorzulegen, hat die Verwaltung einerseits die Gespräche mit den bereits mit dem Thema befassten Initiativen fortgesetzt, andererseits erste Gespräche geführt mit dem Landesarchiv Wolfenbüttel und Herrn Manfred Grieger (Historiker; bis 2016 Chefhistoriker der Volkswagen AG, seit 2007 Lehrbeauftragter an der Georg-August-Universität Göttingen) und anderen Historikern mit dem Ziel der Konkretisierung eines Grobkonzeptes auf der Grundlage einer Einschätzung der Quellensituation, des bisherigen Bearbeitungsstandes und der daraus resultierenden Fragestellungen und Arbeitsschritte. Ziel ist es, eine integrative Betrachtungsweise zu erreichen, bei der die trotz aller Fortschritte in der Aufklärung der Rolle von Kliniken, Heil- und Pflegeeinrichtungen bei der Zwangssterilisierung und dem Krankenmord noch zu bearbeitenden Fragen der Forschung (Gesamterschließung der Patientenakten zur Frage der Behandlungs- und Tötungspraxis), der geschichtskulturellen Vermittlung und der Befassung mit der Gesundheitspolitik im Braunschweigischen insgesamt einfließen können.

Zum weiteren Fortgang insbesondere auch der beiden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ hatte die Verwaltung in der Mitteilung Nr. 17-04323 zu der Sitzung des AfKW vom 19.05.2017 zwischenzeitlich berichtet. Überdies wurde über den Fortgang durch mündliche Mitteilung in der Sitzung des AfKW am 11.08.2017 informiert; seinerzeit war noch mitgeteilt worden, dass von den Initiatoren des Stelen-Projektes auf dem Hauptfriedhof geplant sei, Stele und Erläuterungstafel noch vor Frostbeginn aufzustellen und das hierzu bilaterale Abstimmungen mit dem Fachbereich Stadtgrün stattfänden. Ferner war mitgeteilt worden, dass das Stelen-Projekt überdies zwei Schulprojekte zum Thema „Euthanasie“ initiiert hat.

Es gilt festzustellen, dass die laufenden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ zwei von unabhängigen Trägern initiierte Maßnahmen darstellen, die bei der Entwicklung eines Konzeptes der Verwaltung zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die Euthanasie-Opfer zwingend einzubeziehen sind.

Beide Projekte werden aus unterschiedlichen Gründen, anders als ursprünglich vorgesehen, nicht mehr in 2017, sondern voraussichtlich im 1. Quartal des Jahres 2018 zur Realisierung gelangen. Der Abschluss beider Projekte soll abgewartet werden, da die Trägerinitiativen Bestandteil der potentiellen Ansprechpartner für die Entwicklung des Verwaltungskonzeptes sind. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf mangelnde personelle Ressourcen sind die Zeitplanungen für die Konzeptentwicklung der Verwaltung angepasst worden. Ein erstes Grobkonzept als Grundlage für die Gespräche mit den potentiellen Partnern eines Runden Tisches liegt bereits vor, das den Gremien voraussichtlich im 2. Quartal 2018 unter Einbeziehung der Gesprächsergebnisse vorgestellt wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Verwaltung die Grundsatzbeschlussfassung aktiv aufgenommen und ernsthaft an der Vorbereitung eines Runden Tisches sowie einer zukunftsweisenden Konzeptfindung gearbeitet hat. Dabei hat die Planung der Stele auf dem Hauptfriedhof die Fragestellung, inwieweit es eines erkennbaren Gedenkortes an authentischem Ort für die bekannten Euthanasieopfer bedarf, insofern beeinflusst, als dass die mögliche Zielsetzung der Entwicklung eines solchen (weiteren) Ortes nicht mehr Bestandteil der konzeptionellen Überlegungen der Verwaltung ist.

Dies vorausgeschickt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Forum Runder Tisch hat noch nicht getagt.

Zu Frage 2:

Die Einrichtung des Runden Tisches ist nach Abschluss der laufenden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ für das 1. Quartal 2018 vorgesehen.

Zu Frage 3:

Die Verwaltung hat vor dem Hintergrund, dass die intern entwickelten Maßnahmenvorschläge nach Abschluss der beiden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“, voraussichtlich ab dem 1. Quartal beginnend, mit dem Forum Runder Tisch abgestimmt werden können, anhand von vergleichbaren Projekten eine Mehrbedarfsanmeldung i. H. v. 30.000 € zum Haushalt 2018 getätigt.

gez.
Dr. Hesse

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FU 043 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag

Das Strategische Ziel 2 zum Thema Interkulturelle Vielfalt und Integrationskultur soll im Verlauf des Jahres 2018 vertieft und konkretisiert werden.

Dazu soll als erster Schritt in einer der nächsten Sitzungen des AfKW ein Fachexperte / eine Fachexpertin über die aktuelle kulturpolitische Debatte und die Umsetzung von Integrationskultur in der kommunalen Praxis berichten.

Daraus folgend soll ein Konzept „Integrationskultur im Kulturbereich“ erarbeitet werden, das konkrete Ziele und Maßnahmen für Braunschweig formuliert. Es wird angestrebt, dieses Konzept partizipativ zu erarbeiten. Beteiligt werden sollen Kulturträger, MigrantInnen und Politiker/innen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zum Sommer 2018 einen Umsetzungsvorschlag für die Konzepterarbeitung zu machen.

Begründung

Unsere Gesellschaft erlebt seit Jahren einen rasanten demographischen Wandel, der sich besonders in einer veränderten Stadtgesellschaft niederschlägt. Schon heute beträgt der Anteil der Einwohner/innen mit Migrationsgeschichte mehr als 20 %, in Braunschweig sind es 25 % mit steigender Tendenz. Das muss sich auch in der Kulturarbeit als wichtiger Teil von Integrationsarbeit niederschlagen, aber auch in veränderten Ansätzen zur Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und Schichten. Gerade die Kultur bietet vielfältige Möglichkeiten für Begegnung, Integration und Partizipation. Dementsprechend haben sich die meisten größeren Städte auf den Weg gemacht, eigene Ansätze für den Kulturbereich zu entwickeln. Dies sollte ein wichtiger Teil der Kulturentwicklungsplanung in Braunschweig sein.

Im Strategischen Ziel 2 des Haushaltsplans heißt es dazu:

„Erhaltung der bestehenden interkulturellen Vielfalt Braunschweigs und Initiierung neuer kultureller - auch partizipatorischer - Veranstaltungsformate unter Berücksichtigung des Integrationskonzepts und der demographischen Entwicklung“

Dieses Ziel ist zu unkonkret, um daraus Umsetzungsziele zu formulieren. Es ist noch mit zu

vielen Fragen und Interpretationssichten behaftet.

Im Stellenplan finden wir eine neue Stelle zum Aufgabenbereich „Konzeptfortschreibung Integrationskultur“, die allerdings mit einem Sperrvermerk versehen ist und offensichtlich abhängig gemacht wird von einer möglichen Förderung der Kulturstiftung des Bundes.

Das Thema Interkultur und Integrationskultur ist aber ganz unabhängig von der Einrichtung einer Stelle ein zentrales Thema in der aktuellen bundesweit geführten kulturpolitischen Debatte und sollte es auch in Braunschweig sein.

Stellungnahme:

Das Strategische Ziel (2) Erhaltung der bestehenden interkulturellen Vielfalt und Initiierung neuer kultureller Veranstaltungsformate unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung ist fortwährend ein zentraler Handlungshintergrund des Dezernats IV in allen seinen Organisationseinheiten. Darüber hinaus entspricht es dem Grundsatz des Kulturdezernats, dass die angebotenen Kulturveranstaltungen grundsätzlich an alle Menschen, somit auch an diejenigen mit Migrationshintergrund adressiert sind.

Das Kulturdezernat beschäftigt sich stetig mit dem Thema Integration. Wie im Laufe des Jahres 2017 in den Drs. Nr. 17-04514-01 und 17-05548-01 dargestellt, bildete in den letzten beiden Jahren die große Zahl ankommender geflüchteter Menschen einen Planungsschwerpunkt der Arbeit der gesamten Verwaltung. In dem sachlich erforderlichen Rahmen hat sich hier auch das Dezernat für Kultur und Wissenschaft aktiv mit eingebracht.

Städtische Musikschule

Beispielhaft kann hier die Beteiligung der Städtischen Musikschule an dem Angebot „Klavier als Integrationshelfer“ in der Flüchtlingsunterkunft Sporthalle Watenbüttel und später darauf folgend „Gitarre als Integrationshelfer“ in der Begegnungsstätte Achilleshof benannt werden. Nachdem die Angebote aufgrund einer Umverteilung der Geflüchteten dort beendet werden mussten, schloss sich unmittelbar eine Kooperation mit der DRK-Kaufbar an. Hier findet regelmäßig ein Gitarrenkursangebot mit einer Gruppe geflüchteter und einigen einheimischen Menschen statt. Die Finanzierung hat die Öffentliche Sachversicherung übernommen und ist bis Februar 2018 gesichert.

Stadtteil- und Soziokultur

Einen generellen Schwerpunktbereich der Integrationsarbeit stellt die Stadtteil- und Soziokultur dar. Hier liegt seit jeher ein Fokus der Integrationsarbeit vor Ort, in den Stadtteilen, insbesondere auch institutionell über den Kulturpunkt West, sowie projektbezogen, etwa über das Format „Braunschweig International“. Exemplarisch zeigen die folgenden Beispiele die Bandbreite der Angebote auf: „Internationales Kinderfest“ in Kooperation mit dem Haus der Kulturen, Kindertheaterstück „Woanders ist jetzt hier“ im Roten Saal, Projekt „Heimat im Koffer“ in Kooperation mit der AWO-Migrationsberatung, Projekt „Lesezelt“ im Kulturpunkt West, bei welchem fremdsprachliche Kinderliteratur vermittelt wird.

Stadtbibliothek und Städtisches Museum

Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre hat das Kulturdezernat zudem durch die Stadtbibliothek und das Städtische Museum seine Angebotspalette erweitert, um noch dezidiierter auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen. Entsprechend der Bedarfslage wurden insbesondere in der Stadtbibliothek Maßnahmen intensiviert, die dem Spracherwerb dienen, etwa die Ausweitung des Medienbestandes für Unterrichtszwecke und zielgruppenorientierte Veranstaltungen (zweisprachiges Bilderbuchkino, Bibliothekseinführungen). Auch das Städtische Museum bemüht sich um die Senkung der Sprachbarriere, etwa durch stadthistorische Führungen in englischer und französischer Sprache im Altstadtrathaus.

Konzept zur Integration von Flüchtlingen

Als im Frühjahr 2016 ein ansteigender Zustrom Geflüchteter zu verzeichnen war, verabschiedete der Rat der Stadt Braunschweig (Drs. Nr. 16-01642) ein Konzept zur Integration von Flüchtlingen für die Stadt Braunschweig. In der Folge wurde unter Steuerung des hierfür zentral verantwortlichen Sozialdezernats der „Steuerkreis Integration“ gebildet, der sich die Organisation der Zusammenarbeit aller einschlägigen Organisationsbereiche und Institutionen zum Ziel gesetzt hat. Der Fachbereich Kultur ist ebenfalls seit Einrichtung des Steuerkreises in diesem vertreten.

Steuerungsgruppe Integration

Im Jahr 2017 wurde zudem die städtische „Steuerungsgruppe Integrationsplanung“ eingerichtet (Drs. Nr. 17-05284). Ziel der Steuerungsgruppe ist es, die Integration von Geflüchteten sowie insbesondere von Migranten gesamtstädtisch zu steuern. Dazu wird derzeit ein Maßnahmenkatalog erstellt und abgestimmt, der alle integrationsfördernden Maßnahmen und Aktivitäten beinhaltet. Dabei sollen Synergien herausgearbeitet, Überschneidungen identifiziert, Einzelmaßnahmen gebündelt sowie über ein Umsetzungscontrolling die Wirksamkeit integrationsfördernder Maßnahmen begutachtet werden.

Neben der aktuellen Beteiligung des FB 41 an der stadtweiten Erarbeitung des Maßnahmenkatalogs auf der Grundlage des bereits vom Rat beschlossenen kommunalen Handlungskonzeptes „Integration durch Konsens“ (2008) sowie des „Integrationskonzeptes für Flüchtlinge“ (2016) und der Entwicklung von zielgerichteten Maßnahmen in den Einrichtungen des Dezernates IV ist die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes (wie in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft am 20. Oktober avisiert) ein zusätzliches wichtiges Instrument zur Erreichung des strategischen Ziels Integrationskultur. Die Integrationskultur wäre bei Realisierung eines Kulturentwicklungsplans als dessen integraler Bestandteil zu verstehen. Hinzuweisen ist darauf, dass die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes unter dem Vorbehalt der Zurverfügungstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel steht.

Ressourcen und nächste Schritte

Wesentlich ist zudem die Feststellung, dass alle aktuellen und bisherigen Aktivitäten des Dezernats IV im Bereich Integrationskultur ausschließlich mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen realisiert werden. Es hat, auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik, keine Aufstockung der städtischen Ressourcen im Kulturdezernat gegeben.

Zur Erweiterung des Handlungsspektrums wird derzeit ein Antrag zur Einrichtung einer durch die Kulturstiftung des Bundes geförderten Stelle zur Unterstützung der diversitätsorientierten Öffnung von Kultureinrichtungen vorbereitet (Förderprogramm „360° - Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft“). Konzeptionell soll hierbei in besonderer Weise die Arbeit in den Stadtteilen mit Schwerpunkt im Kulturpunkt West (= Fördergebiet Soziale Stadt Donauviertel und Donaucampus) fortgeschrieben werden. Vorgesehen ist dabei die enge Zusammenarbeit und Projektentwicklung gemeinsam mit dem Städtischen Museum als Projektpartner. Durch diese gemeinsame Trägerschaft sollen Partizipationsmöglichkeiten auch mit Blick auf die zentralen Kultureinrichtungen und ihre Sammlungen stärker in den Fokus genommen und dabei im Sinne der kulturellen Bildung Menschen mit Migrationshintergrund als Partner in einem Erschließungs- und Auseinandersetzungsprozess von Tradition und kultureller Identität gestärkt werden.

Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Relevanz des Themas und der nochmal gestiegenen Bedeutung aufgrund des Flüchtlingszustroms ist die Erforderlichkeit der Erreichung des strategischen Ziels Integrationskultur noch mehr in den Vordergrund getreten. Eine verstärkte Priorisierung setzt zusätzliche Ressourcen voraus, da ansonsten die zur Verfügung stehenden Personal- und Finanzmittel eine andere thematische Schwerpunktsetzung erfahren müssten. Eine explizite Beschlussfassung wie im Antrag FU 043 für den Haushalt 2018 vorgesehen, würde diesen zusätzlichen Mittelbedarf bereits jetzt auslösen oder machte die o.g. thematische Schwerpunktänderung in der Arbeit des Dezernats IV unmittelbar erforderlich.

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung ist die Beschlussfassung des Antrags FU 043 nicht erforderlich, denn über die „Steuerungsgruppe Integrationsplanung“ gibt es derzeit bereits eine gesamtstädtische abgestimmte Vorgehensweise hinsichtlich der Integration. Hierbei sind insbesondere auch integrationskulturelle Maßnahmen des Dezernats IV eingeschlossen.

Im Zusammenhang mit der perspektivischen Kulturentwicklungsplan werden dann sachgerecht auch die Ressourcen für ein Konzept Integrationskultur erarbeitet und der Politik zur Bereitstellung vorgeschlagen werden.

gez.
Dr. Hesse

**Stellungnahme zum finanz(un)wirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FU 044
der SPD-Fraktion**

**Die Stellungnahme zum
finanz(un)wirksamen Antrag
Nr. FU 044 wird kurzfristig
nachgeliefert.**

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle Ref. 0200.11

Produkt

diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018**Überschrift**

Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik durch konsequenten Abbau des strukturellen Defizits

- Zur Beschlussfassung in allen Fachausschüssen -

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig steht vor großen Herausforderungen deren dauerhafte Finanzierung auch nachhaltig gesichert werden muss. Die Verwaltung erarbeitet daher ein klar beziffertes und terminiertes Konzept zum signifikanten schrittweisen Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Ende dieser Wahlperiode und legt dieses dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 zur Beschlussfassung vor.

Ziel des Konzeptes soll neben einer stringenten Haushaltskonsolidierung eine konsequente, auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtete Verwaltungsmodernisierung sein. Notwendig ist eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik unter Einbeziehung des Kernhaushaltes, der Gesellschaften und der Zuschussempfänger.

Begründung

Die Verwaltung hat bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes ein strukturelles Defizit alleine für das Jahr 2018 in einer Höhe von 35 Millionen Euro ausgemacht. Demgegenüber stehen in der Planung Einsparungen mit der so genannten Rasenmäher-Methode in einer Höhe von 2,0 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr. Diese beliefen sich in 2017 auf 1,0 Million Euro und sollen bis 2021 kontinuierlich auf 5,0 Millionen Euro (also jährlich 1,0 Million Euro zusätzlich) anwachsen. Auch wenn dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, können die Einsparungen das strukturelle Defizit nicht beseitigen. Und wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich bei den für 2021 veranschlagten 5,0 Millionen Euro nur um rund 0,5 % des Gesamtergebnishaushaltes handeln wird, so muss man feststellen, dass dieser Plan bisher auch nur wenig ambitioniert ist.

Dabei gibt es ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Braunschweig aus dem Juni 2016 zur strukturell soliden Haushaltsplanung, welches mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Die Übersicht der Einnahmen belegt, dass wir uns weiterhin in einer guten konjunkturellen Lage befinden und wir – bei gleichzeitigem Blick auf die Ausgaben – derzeit kein Einnahme-

sondern ein Ausgabeproblem haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bei einem konjunkturellen Abschwung – dessen Eintritt sicher ist, lediglich der Zeitpunkt ist unklar – das Defizit noch weiter ansteigt und somit große Einschnitte drohen, die viele Bereiche hart treffen werden. Deshalb muss die jetzige gute konjunkturelle Lage – und damit im vollen Einklang mit dem bereits zitierten Ratsbeschluss aus dem Juni 2016 – genutzt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit bis zum Ende der laufenden Ratsperiode signifikant, also mindestens in den einstelligen Millionenbereich, abgebaut werden kann.

Dabei hilft der Blick in andere Kommunen: in der letztjährigen Haushaltsdebatte wurde von Christoph Bratmann auf die Stadt Mannheim verwiesen. Dort gibt es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Hier sollte die Verwaltung ein Vorbild sehen und den Kontakt suchen bzw. mögliche bereits bestehende Verbindungen intensivieren. Im Zentrum der Überlegungen soll zum einen eine stringente Haushaltskonsolidierung unter Einbindung aller Fachbereiche liegen, um sicherlich vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken. Zum anderen erwarten wir eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung, die eine konsequente Überprüfung der Verwaltungsabläufe ebenso beinhaltet wie auch dringend notwendige Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Smart City.

Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die weitere Professionalisierung der bestehenden Strukturen zum Einwerben von Fördermitteln, eine kluge Arbeitsteilung durch den Einsatz externer Partner (bspw. PPP, aber auch eine intensivierte Vergabe der Planungen für Bebauungspläne) und natürlich eine konsequente und ständige Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerledigung. Orientierung sollen dabei die Kennzahlen und Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und – vor allem bei der Digitalisierung – anderer europäischer Länder bieten.

Unterschrift

Dezernat IV

23.11.2017

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FU 147 der Fraktion P²

Überschrift
S. 33, 548, 961, 1097 / 1.25.2733 und 1.25.2734 „Sonstige Volksbildung“
Beschlussvorschlag
Änderung der Produktgruppen-Bezeichnung "Sonstige Volksbildung" in "Sonstige Bevölkerungsbildung".
Begründung
Der Begriff „Volksbildung“ ist nicht mehr zeitgemäß.

Stellungnahme:

Gemäß § 4 Abs. 2 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) legt die Landesstatistikbehörde den für alle Kommunen geltenden Kontenrahmen und den Produktrahmen sowie die dazu erforderlichen Zuordnungsvorschriften für Niedersachsen verbindlich fest.

Der entsprechende Produktrahmen des Landesamtes für Statistik Niedersachsen sieht im Produktbereich „25-29 Wissenschaft und Kultur“ für die Produktgruppe 273(xx) die Bezeichnung „Sonstige Volksbildung“ verbindlich für alle Kommunen vor.

gez.

Dr. Hesse

Anlage 3.1

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Teilhaushalt FB 41 - Kultur und Wissenschaft																
	5	Öffentl.-rechtl. Entgelte, außer f. Inv.														
070	1.25.2720.01	Sonstige Dienstleistungen Stadtbiblioth.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Freies Internet / WLAN in der Stadtbibliothek Die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek wird freigestellt. Die Freistellung kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis beschränkt werden. Städtische Büchereien sind Orte der Bildung, der Wissensvermittlung und zunehmend auch der öffentlichen Kommunikation. In Braunschweig ist die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek anders als in anderen Städten oder z. B. in der Universitätsbibliothek immer noch gebührenpflichtig. Das sollte u. E. geändert werden. Der kostenfreie Zugang kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis oder auch auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt werden. Damit könnte der Zugang zu den begrenzt vorhandenen Internet-Terminals besser kontrolliert und gleichzeitig Werbung für die Ausstellung eines Benutzerausweises gemacht werden.											dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag der Einnahmeausfälle ermittelt. Es wird auf die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung verwiesen (s. Anlage 3.1.1)
						-	400	-	400	-	400	-	400			
	18	Transferaufwendungen														
063	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	AfD	Streichung Zuschuss Arbeitskreis Andere Geschichte Der Verein erhebt einen wissenschaftlichen Anspruch, ist aber einseitig und tendenziös orientiert; auf seinen Webseiten sind keine Arbeitsgruppenaktivitäten feststellbar, die solche Ausgaben rechtfertigen würden.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Es wird auf die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung verwiesen (s. Anlage 3.1.2)
						-	94.700		0		0		0			
064	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	BIBS	Erhöhung Zuschuss Arbeitskreis Andere Geschichte Der Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. beabsichtigt, seine Aktivitäten zur Geschichtsforschung und -vermittlung in Braunschweig 2018 in unvermindertem Umfang fortzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Betreuung der städtischen Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße. Die Erhöhung des städtischen Zuschusses begründet sich durch Tarifierhöhungen, die der Verein nicht durch Eigenmittel ausgleichen kann.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der Zuschuss an den Arbeitskreis unterliegt ebenfalls der Dynamisierung. Sofern diese beschlossen wird, würde es hier zu einem doppelten Ausgleich von Tarifierhöhungen kommen (die Dynamisierung wird vorauss. zu einer Erhöhung von rd. 2.225 € führen).
						+	2.500		0		0		0			
065	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	AfD	Streichung Zuschuss Internationales Filmfest Braunschweig Die Veranstaltung diene einigen Verantwortlichen in diesem Jahr vor allem als Plattform zur politischen Agitation. Die Förderwürdigkeit ist zweifelhaft.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						-	84.900	-	84.900	-	84.900	-	84.900			
066	1.25.2610.08	Staatstheater	AfD	Streichung Zuschuss Theaterformen Für 2017 waren 0,-EUR Zuschuß angesetzt, für 2016 und nun auch 2018 320.000,-EUR. Eine Verteilung des Betrages, wenn überhaupt angemessen, auf 2018 und evtl 2019 ist empfehlenswert.											2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Das Festival "Theaterformen" findet alternierend mit Hannover alle 2 Jahre in Braunschweig statt. Daher ist in 2018 die volle Beteiligung i.H.v. 320 T€ erforderlich.
						-	160.000	+	160.000		0		0			

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Seite 1

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
067	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kontinuitätsförderung des Theaters Fadenschein Mit dieser Erhöhung soll dem Antrag auf Kontinuitätsförderung des Theaters Fadenschein vom 6. September 2017 entsprochen werden. Im Wesentlichen begründet sich die Erhöhung in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Theater nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.800		+ 30.800		+ 30.800		+ 30.800		
068	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Erhöhung Zuschuss Figurentheater Fadenschein Das Figurentheater Fadenschein existiert seit 1984 und genießt einen guten Ruf für künstlerische Qualität und wird in Braunschweig selbst von vielen Menschen als unverzichtbare Perle des städtischen Lebens gesehen. Die Erhöhung der städtischen Förderung begründet sich in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Haus nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.800		+ 30.800		+ 30.800		0		
069	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Theater Fadenschein Das Einrichten einer Haustechnikerstelle ist für das Theater Fadenschein unbedingt erforderlich. Daher der Antrag.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.800		+ 30.800		+ 30.800		0		
071	1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung sonst. Volksbild	AfD	Streichung Zuschuss Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga Die Brunsviga bleibt ein defizitärer Zuschußbetrieb mit dauerhaft 40% Unterstützungsbedarf. Ein Konzept zur finanziellen Sanierung liegt nicht vor.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 313.000		- 313.000		- 313.000		- 313.000		
072	1.25.2811.10	Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	AfD	Streichung Zuschuss KufA (Kultur für Alle e.V.)-Projektförderung Der Verein erhält das Soziokulturelle Zentrum zur Nutzung überlassen, und damit bereits verdeckte Zuschüsse in Höhe von 110.000,-EUR durch Betriebskostenübernahme seitens der Stadt. Das dauerhafte Zuschußvolumen ist also wesentlich gestiegen, der Bedarf hier dringend zu prüfen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Den jährlichen Betrag i. H. v. 110.000 € hat die Stadt im Rahmen ihrer mietvertraglichen Vereinbarung mit der Vermieterin WESTand GmbH für die Räumlichkeiten des neuen Soziokulturellen Zentrums im Gebäudekomplex am Westbahnhof 13 für die Betriebskosten zu erbringen (Drs. Nr. 16-02129). Für das Jahr 2018 ist dieser Betrag zunächst anteilig vorgesehen. Die Projektförderung in Höhe von 50.000 € erhält der Verein KufA e. V. für seine kulturelle Vereinsarbeit. Sobald der Verein den Betrieb des Soziokulturellen Zentrums aufnimmt, wird die Projektförderung auslaufen und die Förderung in eine Kontinuitätsförderung übergehen.
							- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000		
073	1.25.2811.10	Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	AfD	Streichung Zuschuss DRK-Kaufbar (DRK-Sprungbrett gGmbH)-Projektförderung) Das DRK sollte dieses Projekt selbst tragen können. Teilweise werden gewerbliche Leistungen durch die KaufBar angeboten (Raumvermietung, Catering, Konzerte und Theaterveranstaltungen), bei denen eine Gewinnerzielung zumindest möglich scheint.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000		

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	diverse					0	+ 633.200	0	+ 1.281.400	0	+ 1.944.800	0	+ 2.623.800		
120	Diverse		SPD	Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018 1. Die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich, deren Kostensteigerung nicht durch anderweitige Vereinbarungen geregelt sind, werden ab dem Haushaltsjahr 2018 gemäß der allgemeinen Kostenentwicklungen im Personal- und Sachkostenbereich erhöht (dynamisiert). 2. Die Projektförderungen mit einer langen Laufzeit oder ohne zeitliche Begrenzung werden der institutionellen Förderung gleichgesetzt und in die Dynamisierung einbezogen. 3. Die Dynamisierung erfolgt unter Zugrundelegung der letztgültigen prozentualen Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für das kommende Haushaltsjahr. 4. Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen und Vorgabewerte. Etwaige bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende, neuere Tarifabschlüsse bleiben unberücksichtigt. 5. Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zugrunde gelegt. 6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Wohlfahrtsverbänden und ggf. weiteren Trägern der Nachbarschaftshilfen ein Verfahren zu erarbeiten, das dazu führt, dass auch die Nachbarschaftshilfen im selben Sinne wie die unter Nr. 1 genannten Einrichtungen in die Dynamisierung aufgenommen werden können. Eine entsprechende Dynamisierung soll bereits ab dem Haushaltsjahr 2018 erfolgen. 7. Die notwendigen Mittel sind in den Haushaltsplan 2018 und in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.										dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122.
							+ 164.800		+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900		
121	Diverse		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018 Die Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich wird ab dem Haushaltsjahr 2018 fortgesetzt. Zur Ermittlung der jährlichen Steigerungen wird das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene Verfahren angewendet. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von ca. 150.000 € werden von der Verwaltung in den Haushaltsplan 2018 eingestellt und sind für die Folgejahre fortzuschreiben. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden die Beschlüsse zur Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich zunächst ausgesetzt. Im Zuge der Beratungen des Haushalts 2017 wurde der Beschluss gefasst, die Dynamisierung zunächst für ein Jahr weiter zu führen. Um den betroffenen Zuschussempfängern mehr Planungssicherheit zu geben, ist es geboten, die Dynamisierung der Zuschüsse jetzt ohne zeitliche Begrenzung weiterzuführen. Das bisher durchgeführte Verfahren zur Ermittlung der jährlichen Steigerungsrate galt als umständlich und wenig praktikabel. Das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene neue Verfahren stellt demgegenüber eine deutlich Vereinfachung dar und sollte in Zukunft so zum Tragen kommen.										dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Mit den Anträgen der Nummern 105 und 115 soll zusätzlich ein Einbeziehen der Nachbarschaftshilfen und der Familienzentren erfolgen.
							+ 151.800		+ 307.200		+ 466.200		+ 629.000		
122	Diverse		BIBS	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung 1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich), für 2017 pauschal um 3 % erhöht, wird für 2018 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2018 und den Folgejahren pauschal um 2,35% erhöht. 3. Einrichtungen im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, die aktuell eine projektbezogene Förderung erhalten, erhalten die so beschlossene Zuschussdynamisierung ebenfalls. Der Rat hatte im letzten Jahr beschlossen, für mögliche Folgejahre im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren zu erarbeiten, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Das Ergebnis sieht vor, eine Anpassung lediglich im Bereich des FB 50 und FB 51 in Höhe von 2,35% vorzunehmen. Die Anpassung sollte aber in allen Bereichen erfolgen.										dauerh.	diverse
							+ 151.800		+ 307.200		+ 466.200		+ 629.000		

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
123	Diverse		DIE LINKE.	Zuschussdynamisierung Sozial-, Jugend- und Kulturbereich In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) vom 16.10.2017. heißt es, dass die Verwaltung dem Rat eine fortlaufende Dynamisierung der Zuschüsse vorschlagen wird. Entgegengesetzt dazu heißt es in der Mitteilung 17-05615 der Verwaltung, dass für eine Dynamisierung der Zuschüsse in 2018 zusätzlich 151.800 Euro erforderlich sind. Danach wäre eine Dynamisierung im Verwaltungsentwurf nicht enthalten. Daher der Antrag, der auch eine Dynamisierung bei den Nachbarschaftshilfen berücksichtigt.										dauerh.	diverse
							+ 164.800		+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900		Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122.

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FWE 070 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Überschrift

Freies Internet / WLAN in der Stadtbibliothek

Beschlussvorschlag

Die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek wird freigestellt. Die Freistellung kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis beschränkt werden.

Begründung

Städtische Büchereien sind Orte der Bildung, der Wissensvermittlung und zunehmend auch der öffentlichen Kommunikation. In Braunschweig ist die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek anders als in anderen Städten oder z. B. in der Universitätsbibliothek immer noch gebührenpflichtig. Das sollte u. E. geändert werden. Der kostenfreie Zugang kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis oder auch auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt werden. Damit könnte der Zugang zu den begrenzt vorhandenen Internet-Terminals besser kontrolliert und gleichzeitig Werbung für die Ausstellung eines Benutzerausweises gemacht werden.

Stellungnahme:

Die Stadtbibliothek stellt ihren Nutzern gegen Entgelt Internet und WLAN zur Verfügung. Zum Schutz der Sicherheit des städtischen Verwaltungsnetzes wird dies über einen separaten DSL-Anschluss realisiert.

Die itebs bzw. die hotspots GmbH stellt kostenpflichtig die Betreuung und Wartung sicher. Diese entstehenden Kosten von zurzeit jährlich ca. 5.500 € werden durch geringe Entgelte refinanziert:

Internet: 1 € pro 30 Minuten;

WLAN: 50 Cent mit Benutzerausweis, 1 € ohne Benutzerausweis pro 60 Minuten.

Die geringere Entgelthöhe und die höhere Nutzungszeit beim WLAN erklärt sich aus der wegfallenden Nutzung der Bibliotheksgeräte und damit der Wartungskosten.

Für die Nutzung hat die Stadt Braunschweig Bedingungen formuliert (Vorlegen eines Personalausweises bzw. eines Benutzerausweises; bei minderjährigen Nutzern die Einverständniserklärung eines Erziehungsberechtigten).

Eine Freistellung dieses Angebotes führt zu folgenden Problemen:

Die Kosten für Internet und WLAN in Höhe von ca. 5.500 € müssen in den Haushalt zusätzlich eingestellt werden. Es ist davon auszugehen, dass bei vollständiger Freistellung die Nachfrage steigt und die Anzahl der Geräte sowie der DSL-Anschlüsse erhöht werden müsste und damit dann auch die Kosten steigen würden.

BS Energy wird im Laufe des Jahres 2018 in der Fußgängerzone unter dem WLAN-Namen BS-HotSpot einen kostenlosen Internetzugang zur Verfügung stellen. Eine Ausdehnung von BS-HotSpot in die Stadtbibliothek wäre technisch denkbar, aber mit noch zu ermittelnden einmaligen Baukosten sowie laufenden zusätzlichen Leitungskosten verbunden.

Die Stadtbibliothek bietet nunmehr seit mehr als 15 Jahren Internetplätze für Nutzer an. Die Entgelte sind von den Nutzern bisher nicht in Frage gestellt worden. Überdies hat die Verwaltung ein maximal geringes Entgelt angesetzt, das allein der Kostendeckung dient. Des Weiteren gilt es zu Bedenken, dass eine völlige Freistellung dazu führen könnte, dass die Internetplätze lange von einzelnen Nutzern zum Surfen und weniger zur Beschaffung von notwendiger Information oder zum Senden von Emails genutzt würden und damit für andere Nutzer blockiert wären. Ein dadurch erforderlicher Angebotsausbau würde zusätzlichen Ressourcenbedarf auslösen.

Die Verwaltung plädiert daher für eine Beibehaltung der geringen Entgelte.

gez.

Dr. Hesse

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FWE 063 der AfD-Fraktion

Überschrift
Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 103

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile: _____

Produktnummer: 1.25.2511.09, Seite: 103

Produktbezeichnung: Arbeitskreis Andere Geschichte

Der Antrag gilt: ☒ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 94.700 €

Es wird zugleich folgende Deckung vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag	(+ / -)	€
----------------	---------	---

<u>Begründung</u>
Der Verein erhebt einen wissenschaftlichen Anspruch, ist aber einseitig und tendenziös orientiert; auf seinen Webseiten sind keine Arbeitsgruppenaktivitäten feststellbar, die solche Ausgaben rechtfertigen würden.

Stellungnahme:

Die Stadt Braunschweig ist Trägerin der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße als zentraler Ort des städtischen Gedenkstättenkonzepts. Die Gedenkstätte soll als Ort des Erinnerns und des Lernens der aktiven und lebendigen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in der Braunschweiger Geschichte dienen.

Mit Beschluss vom 17.11.1998 wurde die Unterbringung und Übernahme des „Offenen Archivs“ im Rahmen des Projektes „Braunschweig – eine Stadt in Deutschland erinnert sich“ in das sogenannte „Invalidenhaus“ beschlossen. Gleichzeitig wurde der Verein "Arbeitskreis Andere Geschichte e.V." mit der Betreuung des "Offenen Archivs" betraut.

In dem zwischen der Stadt Braunschweig und dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. im Nachgang geschlossenen Vertrag wurde vereinbart, dass im Rahmen einer Kontinuitätsförderung u. a. der Arbeitsaufwand des Geschäftsführers für die Betreuung der Gedenkstätte von 19,25 Stunden sowie die Personalkosten einer Halbtags-Arbeitskraft mit akademisch pädagogischer Qualifikation zum Ausbau der Arbeit mit jungen Menschen und Schulen gedeckt werden.

Eine Streichung des Zuschusses würde bedeuten, dass die Stadt die Betreuung der Gedenkstätte selbst durch den Einsatz eigenen Personals übernehmen müsste oder eine Betreuung nicht mehr stattfinden könnte, was einer Schließung und Einstellung eines wesentlichen Bestandteiles der gesamten kommunalen Erinnerungsarbeit gleichkäme.

Wie bei allen kulturellen Förderungen wird auch bei der Förderung des Vereins Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses anhand von Verwendungsnachweisen regelmäßig überprüft.

Zum Antrag wird wie folgt Stellung genommen:

Sowohl die wissenschaftliche Befähigung der in der Zusammenarbeit mit der Stadt stehenden Mitarbeiter des AAG als auch das turnusgemäß mit dem Fachbereich Kultur abgestimmte Jahresprogramm des AAG mit den Inhalten seiner Arbeit, unterstreichen den wissenschaftlichen Umgang mit den sensiblen Fragestellungen bei der Behandlung der komplexen Themenkreise zur Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus. Der Einschätzung des Antragstellers, der AAG würde einen einseitigen und tendenziösen Umgang mit diesen Themenstellungen bei Projekten, Publikationen und der Vermittlungsarbeit pflegen, wird von der Verwaltung nicht geteilt.

In allen Vermittlungs- und Projektbereichen arbeiten die Mitarbeiter des AAG in Kooperationen mit universitären und/oder namhaften Forschungs- und Vermittlungsinstitutionen. In den Vortragsreihen, die ihren Schwerpunkt in der regionalen Geschichte des Nationalsozialismus haben, kommen in der Gedenkstätte Schillstraße Wissenschaftler und pädagogische Fachleute, auch ausgewiesene Laienforscher und Zeitzeugen zu Wort. Die dreißigjährige Berufserfahrung des Leiters der Gedenkstätte stellt sicher, dass die Veranstaltungen auf einem fachlich hochwertigen Niveau stattfinden. Eine thematisch an den aktuellen Forschungserkenntnissen orientierte und objektive Vermittlungsarbeit ist auch dadurch stets gewahrt.

Für wissenschaftliche Publikationen steht exemplarisch der im Jahr 2015 herausgegebene Sammelband "Täter. Opfer, Nutznießer. Beiträge zur Geschichte Braunschweigs im Nationalsozialismus".

Pädagogische Angebote an Schulklassen

Im laufenden Jahr 2017 besuchten bis Mitte November bereits 41 Schulklassen und Auszubildende sowie 16 Erwachsenen-Gruppen die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße; bis zum Ende des Jahres haben sich ferner noch weitere Gruppen angemeldet. Neben allgemeinen Überblicksführungen im Umfang von 1 ½-2 Stunden besuchten viele Schulklassen die Einrichtung auch zur Wahrnehmung von mehrstündigen Projekttagen zu spezifischen Themen, beispielsweise zu „Zwangsarbeit in Braunschweig“. Betreut wurden Gruppen und einzelne SchülerInnen auch bei Projektrecherchen, z.B. im Rahmen von Stolpersteinverlegungen oder Facharbeiten.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die Verwaltung gegen eine Beschlussfassung des Antrags Nr. FWE 063 aus.

gez.

Dr. Hesse

Teilhaushalt Fachbereich 41 - Kultur und Wissenschaft

	18	Transferaufwendungen	12.618.100		0 + 238.500	0 + 139.500	0 + 139.500	0 + 139.500	0 + 139.500		
1	1.25.2610.08	Staatstheater	Aufgrund des Staatstheatervertrages besteht eine Beteiligung der Stadt Braunschweig an den nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben des Hauses in Höhe von 1/3. Aus dem Jahresabschluss 2017 werden sich Nachzahlungen für lfd. Instandhaltung sowie höhere Personalkosten aufgrund von Tarifsteigerungen ergeben.							einmalig	431110 Zuweisung Land
					+ 99.000	0	0	0	0		
2	1.25.2610.08	Staatstheater	Aufgrund des Staatstheatervertrages besteht eine Beteiligung der Stadt Braunschweig an den nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben des Hauses in Höhe von 1/3. Aufgrund der fortgeltenden Tarifierhöhung müssen die Vorauszahlungen ab dem Jahr 2018 angepasst werden.							dauerh.	431110 Zuweisung Land
					+ 80.000	+ 80.000	+ 80.000	+ 80.000	+ 80.000		
3	1.25.2522.10	Projekt- und Konzeptionsförderung Bildende Kunst	Der Fachbereich Kultur fördert gem. Kulturförderrichtlinie Projekte der Kulturanbieter und der Freien Träger. Für Projekte im Bereich der Bildenden Kunst steht seit Jahren eine Fördersumme i.H.v. jährlich 13.200 € zur Verfügung. Das Antragsvolumen der Kulturträger lag in den vergangenen fünf Jahren allerdings kontinuierlich bei einer Gesamtsumme i.H.v. 30.000 - 39.000 € pro Jahr. Da in den vergangenen Jahren aufgrund zu geringer Fördermittel jeweils immer nur eine begrenzte Anzahl an beantragten Kunstprojekten gefördert werden konnte, ist der Fördertopf dringend anzupassen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass ab dem Jahr 2018 die halle267 als städtische Galerie Braunschweig dauerhaft durch den Fachbereich Kultur selbst bespielt wird. Eine entsprechende Konzeption wurde durch die politischen Gremien beschlossen (Vorlage - 17-04428). Ziel des ganzjährigen Ausstellungsprogramms in der halle267 ist, die Braunschweiger Bildende Kunst nachhaltig zu stärken, was konsequenterweise auch mit einer Anpassung des Projektförderansatzes Bildende Kunst einhergehen sollte.							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 35.000	+ 35.000	+ 35.000	+ 35.000	+ 35.000		
4	1.25.2811.10	Komitee Braunschweiger Karneval	Die Komitee Braunschweiger Karneval gGmbH (KBK) hat einen Antrag auf Erhöhung der jährlichen Projektförderung gestellt. Begründet wird die Erhöhung mit starken Kostensteigerungen während des diesjährigen Umzugs, die im Wesentlichen auf unabdingbare, erhöhte Sicherheitsstandards aufgrund der bundesweiten allg. Gefährdungslage bei öffentlichen Großveranstaltungen zurückzuführen sind. Diese können lt. Aussage des KBK zukünftig nicht mehr ausgeglichen werden. Da die Kulturverwaltung den Erhalt des Karnevals und seiner Aktivitäten, zu denen zentral die Durchführung des Karnevalszuges gehört, für die kulturelle Landschaft der Stadt als zwingend anzustreben erachtet und eine anderweitige finanzielle Unterstützung lt. Aussage des KBK nicht organisierbar ist, wird eine Erhöhung des Ansatzes für die Karnevalsaktivitäten als dringend erforderlich angesehen.							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 24.500	+ 24.500	+ 24.500	+ 24.500	+ 24.500		

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			2.000		2.000	0	0	0	0	
5S.410013	FB 41:Global-Sachanl. FB 41 intern		SB 322								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 € für die Aufstellung der Gedenktafel an der Straße Hafenbahn/Sandanger anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation der Sinti von Veltenhof aus nach Auschwitz
			neu	2.000	0	2.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.000		2.000	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur											
Anpassungen aufgrund der Aufhebung "Festwert Städtische Bibliotheken"											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-40.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	
37 a	5S.410002	FB 41: Bücher der Schlossbibliothek (Festwert)		bisher 6.045.700 neu 4.328.500 Veränderung -1.717.200	4.328.500 4.328.500	429.300 0 -429.300	429.300 0 -429.300	429.300 0 -429.300	429.300 0 -429.300	0 0 0	Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf
37 b	4S.41NEU	FB 41: Bücher der Schlossbibliothek		bisher 0 neu 1.677.200 Veränderung 1.677.200	0 0	0 419.300 419.300	0 419.300 419.300	0 419.300 419.300	0 419.300 419.300	0 0 0	Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			40.000	0	10.000	10.000	10.000	10.000	0	
37 c	4S.41NEU	FB 41: Bücher der Schlossbibliothek		bisher 0 neu 40.000 Veränderung 40.000	0 0	0 10.000 10.000	0 10.000 10.000	0 10.000 10.000	0 10.000 10.000	0 0 0	Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Sonstige Finanzmittelbedarfe im Kulturbereich											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			180.600		180.600	0	0	0	0	
38	4E.41 NEU	Staatstheater Großes Haus / Gebäude Friesenstraße / Instandhaltungszuschuss									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für einen Instandhaltungszuschuss an das Staatstheater für die Erneuerung von Dach und Fassade am Gebäude Friesenstraße und für die Erneuerung der Evakuierungsaufzuges im Großen Haus (Lt. Staatstheatervertrag besteht die Verpflichtung sich zu einem Drittel an notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen zu beteiligen.
			neu	156.600	0	156.600	0	0	0	0	
			Veränderung	156.600		156.600	0	0	0	0	
39	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen									
			bisher	1.946.800	1.360.000	154.200	144.200	144.200	144.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Glasarbeiten an der Stadtmodellvitrine im Altstadtrathaus in Höhe von 24.000 EUR; das vorhandene Glas genügt nicht den Sicherheitsanforderungen und sollte gegen Sicherheitsglas (ESG) ausgetauscht werden.
			neu	1.970.800	1.360.000	178.200	144.200	144.200	144.200	0	
			Veränderung	24.000		24.000	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Projekte, die teilhaushaltübergreifend abgewickelt werden: Roselies - Schaffung eines Gartens der Erinnerung											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-28.000		-28.000	0	0	0	0	
76 a	4S.410002	FB 41: Kunst im Stadtbild/Instandhaltung									
			bisher	288.623	84.223	51.100	51.100	51.100	51.100	0	Deckungsmittel für die Schaffung eines Gartens der Erinnerung im Bereich Roselies in Höhe von 28.000 EUR - Abbildung unter 5S.610033
			neu	260.623	84.223	23.100	51.100	51.100	51.100	0	
			Veränderung	-28.000		-28.000	0	0	0	0	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				28.000		28.000	0	0	0	0	
76 b	5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7									
			bisher	659.000	494.000	78.000	27.000	30.000	30.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung eines Gartens der Erinnerung im Bereich Roselies in Höhe von 28.000 EUR
			neu	687.000	494.000	106.000	27.000	30.000	30.000	0	
			Veränderung	28.000		28.000	0	0	0	0	

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2511.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 103

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile: _____

Produktnummer: 1.25.2511.09, Seite: 103

Produktbezeichnung: Arbeitskreis Andere Geschichte

Der Antrag gilt: ☒ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 94.700 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Der Verein erhebt einen wissenschaftlichen Anspruch, ist aber einseitig und tendenziös orientiert; auf seinen Webseiten sind keine Arbeitsgruppenaktivitäten feststellbar, die solche Ausgaben rechtfertigen würden.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Kultur und Wissenschaft	

[illegible]

1.25.2511.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Erhöhung Zuschuss Arbeitskreis	Andere Geschichte
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10	10
11	11
12	12
13	13
14	14
15	15
16	16
17	17
18	18
19	19
20	20
21	21
22	22
23	23
24	24
25	25
26	26
27	27
28	28
29	29
30	30
31	31
32	32
33	33
34	34
35	35
36	36
37	37
38	38
39	39
40	40
41	41
42	42
43	43
44	44
45	45
46	46
47	47
48	48
49	49
50	50
51	51
52	52
53	53
54	54
55	55
56	56
57	57
58	58
59	59
60	60
61	61
62	62
63	63
64	64
65	65
66	66
67	67
68	68
69	69
70	70
71	71
72	72
73	73
74	74
75	75
76	76
77	77
78	78
79	79
80	80
81	81
82	82
83	83
84	84
85	85
86	86
87	87
88	88
89	89
90	90
91	91
92	92
93	93
94	94
95	95
96	96
97	97
98	98
99	99
100	100

Teilhaushalt: FB 41 , Seite:

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: 1.25.2511.09 , Seite: 103

Produktbezeichnung: Arbeitskreis Andere Geschichte

Der Antrag gilt: ☒ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag	(+ / -)	+ 2.450 €
--------------------------------	---------	-----------

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag	(+ / -)	€
----------------	---------	---

Begründung

Der Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. beabsichtigt, seine Aktivitäten zur Geschichtsforschung und -vermittlung in Braunschweig 2018 in unvermindertem Umfang fortzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Betreuung der städtischen Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße. Die Erhöhung des städtischen Zuschusses begründet sich durch Tarifierhöhungen, die der Verein nicht durch Eigenmittel ausgleichen kann.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2522.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift
Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 104

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile:

Produktnummer: 1.25.2522.09, Seite: 104

Produktbezeichnung: Internationales Filmfest Braunschweig

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 84.900 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: , Seite:

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: , Seite:

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag (+ / -) €

Begründung
Die Veranstaltung diene einigen Verantwortlichen in diesem Jahr vor allem als Plattform zur politischen Agitation. Die Förderwürdigkeit ist zweifelhaft.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2610.08/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 104

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile: _____

Produktnummer: 1.25.2610.08, Seite: 104

Produktbezeichnung: Theaterformen

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 160.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Für 2017 waren 0,-EUR Zuschuß angesetzt, für 2016 und nun auch 2018 320.000,-EUR. Eine Verteilung des Betrages, wenn überhaupt angemessen, auf 2018 und evtl 2019 ist empfehlenswert.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in	Teilhaushalt / Org.-Einheit Kultur und Wissenschaft
	Produkt / Kostenart 1.25.2610.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

ZUR BEHANDLUNG IM AUSSCHUSS FÜR KULTUR & WISSENSCHAFT AM 1. DEZEMBER 2017

Teilhaushalt: FB 41 Kultur & Wissenschaft, Seite: 531 ff.

Ertrag ☐ Aufwand ☒

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.25.2610.09, Seite: 547

Produktbezeichnung: **Kontinuitätsförderung Theater /**
hier: Theater Fadenschein

Der Antrag gilt: einmalig ☐ dauerhaft ☒ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 30.800 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite:

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile:

Produktnummer: _____, Seite:

Produktbezeichnung: _____
Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Mit dieser Erhöhung soll dem Antrag auf Kontinuitätsförderung des Theaters Fadenschein vom 6. September 2017 entsprochen werden.

Im Wesentlichen begründet sich die Erhöhung in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Theater nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2610.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Erhöhung Zuschuss Figurentheater Fadenschein

Teilhaushalt: FB 41 , Seite:

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: 1.25.2610.09 , Seite: 104

Produktbezeichnung: Figurentheater Fadenschein

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☒ für 3 Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 30.800 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag	(+ / -)	€
----------------	---------	---

Begründung

Das Figurentheater Fadenschein existiert seit 1984 und genießt einen guten Ruf für künstlerische Qualität und wird in Braunschweig selbst von vielen Menschen als unverzichtbare Perle des städtischen Lebens gesehen. Die Erhöhung der städtischen Förderung begründet sich in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Haus nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft
Produkt / Kostenart

1.25.2610.09 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Anhebung Zuschuss Theater Fadenschein

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft, Seite: 531

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.25.2610.09, Seite: 547

Produktbezeichnung: Kontinuitätsförderung Theater

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☒ für 3 Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 30.800 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: , Seite:

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

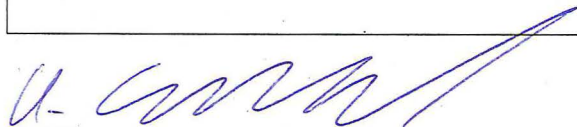
Produktnummer: , Seite:

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag (+ / -) €

Begründung

Das Einrichten einer Haustechnikerstelle ist für das Theater Fadenschein unbedingt erforderlich. Daher der Antrag.



Unterschrift

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in	Teilhaushalt / Org.-Einheit Kultur und Wissenschaft
	Produkt 1.25.2720.01

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018
ZUM AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND WISSENSCHAFT

Überschrift

Freies Internet / WLAN in der Stadtbibliothek

Beschlussvorschlag

Die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek wird freigestellt. Die Freistellung kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis beschränkt werden.

Begründung

Städtische Büchereien sind Orte der Bildung, der Wissensvermittlung und zunehmend auch der öffentlichen Kommunikation. In Braunschweig ist die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek anders als in anderen Städten oder z. B. in der Universitätsbibliothek immer noch gebührenpflichtig. Das sollte u. E. geändert werden. Der kostenfreie Zugang kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis oder auch auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt werden. Damit könnte der Zugang zu den begrenzt vorhandenen Internet-Terminals besser kontrolliert und gleichzeitig Werbung für die Ausstellung eines Benutzerausweises gemacht werden.

Dr. Elke Flake

Unterschrift

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2733.09/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 105

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile:

Produktnummer: 1.25.2733.09, Seite: 105

Produktbezeichnung: Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 313.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: , Seite:

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: , Seite:

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag (+ / -) €

Begründung

Die Brunsviga bleibt ein defizitärer Zuschußbetrieb mit dauerhaft 40% Unterstützungsbedarf. Ein Konzept zur finanziellen Sanierung liegt nicht vor.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Kultur und Wissenschaft	

[illegible]

1.25.2811.10/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41 , Seite: 105

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse , Zeile:

Produktnummer: 1.25.2811.10 , Seite: 105

Produktbezeichnung: KufA (Kultur für Alle e.V)-Projektförderung

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 50.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

□ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag	(+ / -)	€
----------------	---------	---

Begründung

Der Verein erhält das Soziokulturelle Zentrum zur Nutzung überlassen, und damit bereits verdeckte Zuschüsse in Höhe von 110.000,-EUR durch Betriebskostenübernahme seitens der Stadt. Das dauerhafte Zuschußvolumen ist also wesentlich gestiegen, der Bedarf hier dringend zu prüfen.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Kultur und Wissenschaft

Produkt / Kostenart
1.25.2811.10/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Streichung Zuschuß

Teilhaushalt: 41, Seite: 105

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile: _____

Produktnummer: 1.25.2811.10, Seite: 105

Produktbezeichnung: DRK-Kaufbar (DRK-Sprungbrett gGmbH)-Projektförderung

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 50.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Das DRK sollte dieses Projekt selbst tragen können. Teilweise werden gewerbliche Leistungen durch die KaufBar angeboten (Raumvermietung, Catering, Konzerte und Theaterveranstaltungen), bei denen eine Gewinnerzielung zumindest möglich scheint.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

KuW, 50, 51/ KuW, FB 50, FB 51

Produkt

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018

Überschrift

Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018

Beschlussvorschlag

1. Die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich, deren Kostensteigerung nicht durch anderweitige Vereinbarungen geregelt sind, werden ab dem Haushaltsjahr 2018 gemäß der allgemeinen Kostenentwicklungen im Personal- und Sachkostenbereich erhöht (dynamisiert).
2. Die Projektförderungen mit einer langen Laufzeit oder ohne zeitliche Begrenzung werden der institutionellen Förderung gleichgesetzt und in die Dynamisierung einbezogen.
3. Die Dynamisierung erfolgt unter Zugrundelegung der letztgültigen prozentualen Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für das kommende Haushaltsjahr.
4. Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen und Vorgabewerte. Etwaige bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende, neuere Tarifabschlüsse bleiben unberücksichtigt.
5. Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zugrunde gelegt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Wohlfahrtsverbänden und ggf. weiteren Trägern der Nachbarschaftshilfen ein Verfahren zu erarbeiten, das dazu führt, dass auch die Nachbarschaftshilfen im selben Sinne wie die unter Nr. 1 genannten Einrichtungen in die Dynamisierung aufgenommen werden können. Eine entsprechende Dynamisierung soll bereits ab dem Haushaltsjahr 2018 erfolgen.
7. Die notwendigen Mittel sind in den Haushaltsplan 2018 und in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.

Begründung

Die Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich hat sich grundsätzlich bewährt. Die institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich werden damit den Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten gleichgestellt, denen bereits aufgrund anderer Regelungen eine jährliche Anpassung der Zuschüsse gewährt wird. Die Träger der Einrichtungen haben damit Planungssicherheit.

Für die Umsetzung des Antrags im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich wären lt. Vorlage 17-05615 zum Haushaltsplan 2018 zusätzliche Mittel von voraussichtlich insgesamt 151.800 € erforderlich. Für die Nachbarschaftshilfen kämen schätzungsweise 13.000 € hinzu.

Unterschrift

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in	Teilhaushalt / Org.-Einheit KuW, 50, 51/ KuW, FB 50, FB 51
	Produkt diverse/ 431810

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018
ZUM AUSSCHUSS FÜR INTEGRATIONSFRAGEN,
ZUM AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND WISSENSCHAFT,
ZUM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT UND
ZUM JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Überschrift

Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018

Beschlussvorschlag

Die Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich wird ab dem Haushaltsjahr 2018 fortgesetzt. Zur Ermittlung der jährlichen Steigerungen wird das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene Verfahren angewendet. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von ca. 150.000 € werden von der Verwaltung in den Haushaltsplan 2018 eingestellt und sind für die Folgejahre fortzuschreiben.

Begründung

Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden die Beschlüsse zur Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich zunächst ausgesetzt. Im Zuge der Beratungen des Haushalts 2017 wurde der Beschluss gefasst, die Dynamisierung zunächst für ein Jahr weiter zu führen. Um den betroffenen Zuschussempfängern mehr Planungssicherheit zu geben, ist es geboten, die Dynamisierung der Zuschüsse jetzt ohne zeitliche Begrenzung weiterzuführen.

Das bisher durchgeführte Verfahren zur Ermittlung der jährlichen Steigerungsrate galt als umständlich und wenig praktikabel. Das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene neue Verfahren stellt demgegenüber eine deutlich Vereinfachung dar und sollte in Zukunft so zum Tragen kommen.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW, 50, 51/ KuW, FB 50, FB
51

Produkt
diverse/ 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018

Überschrift

Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung

Beschlussvorschlag

1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich), für 2017 pauschal um 3 % erhöht, wird für 2018 wieder eingesetzt.
2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2018 und den Folgejahren pauschal um 2,35% erhöht.
3. Einrichtungen im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, die aktuell eine projektbezogene Förderung erhalten, erhalten die so beschlossene Zuschussdynamisierung ebenfalls.

Begründung

Der Rat hatte im letzten Jahr beschlossen, für mögliche Folgejahre im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren zu erarbeiten, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Das Ergebnis sieht vor, eine Anpassung lediglich im Bereich des FB 50 und FB 51 in Höhe von 2,35% vorzunehmen. Die Anpassung sollte aber in allen Bereichen erfolgen.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
KuW, 50, 51 KuW, 50, 51	
Produkt / Kostenart	
diverse	431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2018

Überschrift

Zuschussdynamisierung Sozial-, Jugend- und Kulturbereich

Teilhaushalt: Sozial-, Jugend und Kulturbereich, Seite: _____

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: diverse, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☒ dauerhaft ☐ für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 164.800 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

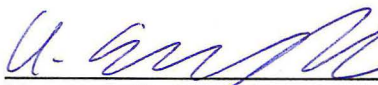
Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) €

Begründung

In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) vom 16.10.2017 heißt es, dass die Verwaltung dem Rat eine fortlaufende Dynamisierung der Zuschüsse vorschlagen wird. Entgegengesetzt dazu heißt es in der Mitteilung 17-05615 der Verwaltung, dass für eine Dynamisierung der Zuschüsse in 2018 zusätzlich 151.800 Euro erforderlich sind. Danach wäre eine Dynamisierung im Verwaltungsentwurf nicht enthalten. Daher der Antrag, der auch eine Dynamisierung bei den Nachbarschaftshilfen berücksichtigt.



Unterschrift

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Betreff:

Haushalt 2018
Entwurf und Änderungsanträge 2018

Organisationseinheit:

DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat

Datum:

30.11.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Entscheidung)

Sitzungstermin

01.12.2017

Status

Ö

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2018 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 3 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Sachverhalt:

Die bis zum Versand der Beratungsunterlagen für den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft ausgezeichneten Haushaltsanfragen bzw. -anträge wurden mit Vorlage DS 17-05852 am 29. November 2017 versendet.

Ergänzend werden zur Beratung im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft am 1. Dezember 2017 die in der Anlage 1a und 1b benannten Anträge sowie die noch fehlenden Stellungnahmen zur Anfrage Nr. 009 und dem finanzunwirksamen Antrag Nr. FU 044 als Anlage 2a und 2b beigefügt.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1a: FU 051 „Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik“

Anlage 1b: FWE 124 „Rasenmäherkürzungen beenden“

Anlage 2a: Stellungnahme zur Anfrage Nr. A 009 „Kulturelle Lernorte“

Anlage 2b: Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag Nr. FU 044 „Bücherschränke“

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Ref. 0200.11

Produkt

diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018
ZUM FINANZ- UND PERSONALAUSSCHUSS

Überschrift

Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Beschlussvorschlag

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Begründung

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuerglättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang

mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabehöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –abläufen mit offenen Ergebnisvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinander stehen.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle 0200.11

Produkt

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018

Überschrift

Rasenmäherkürzungen beenden

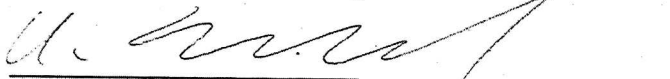
Beschlussvorschlag

Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017.

Begründung

Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll darüber der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig



Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 009 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:****Strategisches Ziel 3 Kulturelle Lernorte****Begründung:**

Das Strategische Ziel 3 lautet:

„Ausbau von Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche; Sicherung und Ausbau außerschulischer Lernorte und Initiierung eines Bildungsnetzwerks gemeinsam mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen in Stadt und Region, insbesondere im Hinblick auf die gesetzlich geänderten Rahmenbedingungen im Bildungssystem“

Dieses Ziel ist zunächst sehr abstrakt formuliert, aber ein auch aus unserer Sicht wichtiges kulturpolitisches Ziel für Braunschweig, mit dem sich der AfKW intensiver beschäftigen sollte.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Ist jede öffentliche Kultureinrichtung auch ein außerschulischer Lernort?
2. Was wird im Einzelnen unternommen, um die Funktion als außerschulische Lernorte auszubauen und zu sichern?
3. Welche Schritte sind zur Initiierung eines Bildungsnetzwerks schon vorgenommen worden oder geplant?

Antwort:

Vorausgeschickt sei, dass das niedergelegte strategische Ziel des Dezernats für Kultur und Wissenschaft eines Ausbaus von Kulturangeboten für Jugendliche und Kinder und der Sicherung des Ausbaus außerschulischer Lernorte ebenso wie die Initiierung eines Bildungsnetzwerkes zu den grundsätzlichen Zielstellungen des Dezernats gehört. Dabei ist zu beachten, dass es sich um einen strategischen Entwicklungsprozess handelt, der regelmäßig in einschlägigen Projekten und Veranstaltungen mitgedacht wird, der aber immer auch an den vorhandenen Ressourcen auszurichten und daher bewusst als abstrakter Handlungsrahmen angelegt ist und dergestalt fortgeschrieben werden sollte. Hinzu kommt, dass, ebenso wie bei den anderen strategischen Zielen, sich dessen konkrete Ausgestaltung fortwährenden Veränderungsprozessen anpassen muss – z.B. den Digitalisierungsentwicklungen oder Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung.

Dies vorangestellt werden Ihre Fragen wie folgt beantwortet:

Zur Frage 1:

Ja, im weitesten Sinne kann jede öffentliche Einrichtung mithin auch Kultureinrichtungen ein außerschulischer Lernort sein. Dabei orientiert sich das Dezernat IV zunächst dem Grunde nach an den Kriterien des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK), die es für die

Anerkennung von außerschulischen Lernorten im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Naturwissenschaften bereits gibt. Weiter sagt die Definition eines außerschulischen Lernorts, dass jede Einrichtung, so der Besuch dieser die Lerninhalte stützt, ein außerschulischer Lernort ist.

„Das Land Niedersachsen hat seit Beginn der 90er Jahre ein Netz außerschulischer Umweltlernstandorte aufgebaut. Es handelte sich um Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die sich in ihrer pädagogischen Konzeption ausdrücklich an einer erlebnis- und handlungsorientierten, interdisziplinär ausgerichteten Umweltbildung orientierten. Diese Zentren waren und sind vom Land als "Regionales Umweltbildungszentrum" förmlich anerkannt. Im Zuge der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung haben die Zentren ihre Angebote zunehmend an Konzepten einer "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgerichtet. Daher sprechen wir heute von anerkannten Lernstandorten in einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).“

(Quelle: http://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/schuelerinnen_und_schueler_eltern/nachhaltigkeit/regionale_umweltzentren/regionale-umweltbildungszentren-ruz-6341.html)

Darüber hinaus gibt es je nach Definition zahlreiche weitere außerschulische Lernorte, die nicht in der vom MK erstellten Liste erfasst sind. Hierzu gehören z. B. viele Museen und Archive, aber auch Schullandheime zählen dazu. Bei einer sehr weiten Definition fallen viele Orte, an denen non-formales und informelles Lernen außerhalb von Schule möglich ist, darunter. Festzustellen ist, dass in dem Bereich der kulturellen Einrichtungen bisher keine Anerkennungen von außerschulischen Lernstandorten durch das MK existieren. Die Kriterien aus den Naturwissenschaften geben jedoch einen Grundleitfaden, an dem eine Orientierung möglich ist. Überdies prüft das Dezernat IV die Vernetzungsfähigkeit im Sinne der Arbeit des Didacta Verbands e.V./Verband der Bildungswirtschaft.

In diesem Sinne werden im Rahmen der Umsetzung des strategischen Ziels „Kulturelle Lernorte“ durch das Dezernat für Kultur und Wissenschaft bereits heute vielfältige Bildungsangebote offeriert. Solche Bildungsangebote sind exemplarisch z. B. Folgende:

Die *Stadtbibliothek* ist der kulturelle und außerschulische Lernort schlechthin. Seit Langem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Braunschweiger Schulen, die z. B. in den Projekten "Schulstart" oder "Auf dem Weg zum Buch" münden. So besuchten im Jahr 2016 326 Schulklassen mit 6.529 Schülern die Stadtbibliothek. Außerdem bietet die Stadtbibliothek für die einzelnen Schüler/innen Projekt wie die "Sprechstunde für Referate und Facharbeiten" oder "Oberstufenhandapparat" zur gezielten Abiturvorbereitung an.

Kern der Bildungs- und Vermittlungsprogramme des *Städtischen Museums* für Kinder und Jugendliche sind mehrstündige Kreativwerkstätten, die sich thematisch unmittelbar auf die Inhalte der Wechselausstellungen beziehen, gleichzeitig mit den Curricula verschiedener Schulfächer kompatibel sind. Für den Ausstellungsbesuch von Kindern und Jugendlichen werden didaktische Materialien "zum Anfassen" und ein spezieller Audioguide für Kinder angeboten, Schulklassen werden ausstellungsbegleitende Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt. Schließlich bietet das Museum eigens entwickelte Führungen für Schülergruppen an. Aber auch unabhängig davon kann ein Museum ein kontinuierlicher Anlaufpunkt für Lehrkräfte und deren Schülerinnen und Schüler sein.

Das *Stadtarchiv* versteht sich als außerschulischer Bildungsort und macht in diesem Bereich Angebote. Z.B. werden Schüler höherer Jahrgänge im Rahmen von Projektarbeiten unterstützt. Zudem werden seit 10 Jahren die am Stolperstein-Projekt teilnehmenden Schulen bei der Recherche und Auswertung von Archivgut zu jüdischen Familien in Braunschweig intensiv begleitet.

Zu den zentralen Bildungsangeboten des *Kulturinstituts* zählt das Kinderfilmfest „Sehpferdchen“. Mit ca. 1.400 Besuchern ist es die wichtigste Kinderkulturveranstaltung der Region im Bereich Film. Neben Filmvorführungen werden insbesondere auch Workshops rund

um das Thema Medienproduktion angeboten. Darüber hinaus werden regelmäßig auch im Rahmen der Projekte/Großprojekte des Kulturinstituts kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche konzipiert.

Die *Gedenkstätte Schillstraße* ist ein Ort des Erinnerns und des Lernens sowie der aktiven und lebendigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Mit dem *Raabe-Haus-Literaturzentrum* und dem *Kulturpunkt West* werden zudem dezentrale Einrichtungen betrieben, die außerschulische Lernangebote in unterschiedlichen Formaten und mit bildungsimmanenter Ausrichtung anbieten. Überdies bietet die *Stadtteilkulturarbeit* projektbezogen mit wechselnden Kooperationspartnern Kultur- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche an. Für 2017 sei hier exemplarisch das Projekt „Groovement“ genannt, das musikinteressierten deutschen und geflüchteten Jugendlichen in Form von Songslam-Workshops, über die Projektpräsentation vor Publikum und durch die Produktion einer CD, eine Plattform der Begegnung und des Austausches mit erfahrenen Musikern und Slammern geboten hat.

Auch die *Städtische Musikschule* hält ein Angebot an außerschulischen Lernorten vor. Sie bietet seit Oktober 2017 das neue Angebot „Ein Tag - tausend Töne“ in Kooperation mit dem Staatstheater/Konzertpädagogik/Staatsorchester Braunschweig an. Grundschulklassen begegnen in der Musikschule allen Streich- und Blasinstrumenten eines Sinfonieorchesters. Sie dürfen unter Anleitung jedes Instrument anfassen, ausprobieren - es kennenlernen. Es folgt der Besuch einer Probe des Staatsorchesters. Resonanz: Nach drei Wochen lagen Anmeldungen von 35 Klassen mit etwa 550 SchülerInnen vor. Es werden daher weitere 29 Termine und eine Finanzierung von etwa 20 Terminen zu organisieren sein.

Zur Frage 2:

Um die Statusqualität als außerschulische Lernorte auszubauen und zu sichern, wird bereits im Städtischen Museum und in der Gedenkstätte Schillstraße (durch den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V.) Personal mit pädagogischer Qualifikation eingesetzt. Ziel des Dezernats IV ist es, sukzessive in allen Kultureinrichtungen zusätzlich pädagogisch qualifiziertes Personal einzusetzen. Aus Sicht des Dezernats IV ist der Einsatz von pädagogisch geschultem Personal eine essentielle Voraussetzung, um den Sprung von einer „Kultureinrichtung“ hin zu einem „außerschulischen Lernort“ mit erforderlichem Qualitätsstandard zu schaffen. Allein die vorhandenen kulturellen und fachlichen Qualifikationen werden für diesen ergänzenden Aufgabenkanon nicht ausreichen bzw. nicht den qualitativen Anforderungen genügen können, da sie hierauf auch nicht ausgerichtet sind.

Zur Frage 3:

Das Bildungsbüro der Stadt Braunschweig als Stabsstelle des Fachbereichs Schule hat sich im Rahmen der Bundesförderprogramme „Bildung integriert“ und „Kommunales Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ und mit der Teilnahme am Landesprogramm „Bildungsregionen Niedersachsen“ auch zum Ziel gesetzt, ein umfassendes Bildungsnetzwerk aufzubauen, dabei aber vorhandene Netzwerke zu nutzen um Doppelstrukturen zu vermeiden. Kulturelle Bildung als wichtiger Teil des non-formalen und informellen Lernens sollte dabei ebenso im Fokus liegen wie die formale Bildung. Ziel ist es, mit allen relevanten PartnerInnen Strukturen zu schaffen, die allen BraunschweigerInnen einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem ermöglichen.

Derzeit findet eine Bestandsaufnahme der Bildungsangebote und die Vernetzung mit vielen Bildungsakteuren in Braunschweig statt. Auf dieser Grundlage soll ein Bildungsnetzwerk entstehen, mit dessen Hilfe die bereits vorhandenen aber auch fehlenden Strukturen und Angebote identifiziert sowie folglich geeignete Maßnahmen in Abstimmung mit den relevanten Akteuren entwickelt werden können.

In dieser Entwicklung spielt das Dezernat für Kultur und Wissenschaft für den Bereich der kulturellen Bildung eine wichtige Rolle und seine Prozessintegration ist durch den Kontakt zum FB Schule sichergestellt.

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung zu Frage 1 dargestellt, ist die Netzwerkbildung ein essentieller Teil der Arbeit des Dezernats IV. Exemplarisch wird z.B. auf das Projekt der Musikschule „Ein Tag - tausend Töne“ verwiesen. Dieses steht beispielhaft für das Vorgehen aller Einrichtungen des Dezernats. Es handelt sich um eine Bildungsvernetzung, die am jeweiligen originären Auftrag der Einheiten ansetzt und proaktiv dieses Netzwerk im Sinne eines sich ausbauenden Bildungsnetzes erweitert. Dabei werden sachgerechte Partner gefunden, die jeweils passend den Bildungsort flankieren und unterstützen. Dies wird als ein zielführendes Vorgehen im Sinne der Erreichung des strategischen Ziels erachtet – ohne die originären Aufgaben des Dezernats IV zu vernachlässigen.

gez.
Dr. Hesse

Stellungnahme zum finanz(un)wirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FU 044 der SPD-Fraktion

<u>Überschrift</u>
Entwicklung eines "Braunschweiger Bücherschranks"
<u>Beschlussvorschlag</u>
Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der VHS Arbeit und Beruf GmbH ein Projekt aufzulegen, um ein Modell eines "Braunschweiger Bücherschranks" zu entwickeln und dieses für die Stadtbezirke, die die Aufstellung eines Bücherschranks beschließen, entsprechend anfertigen zu können. Parallel ist eine Handreichung zu erarbeiten, in der die wesentlichen zu erfüllenden Rahmenbedingungen (soziale Kontrolle durch Patenschaftsmodelle, Kontrolle des Bücherbestandes etc.) zur besseren Umsetzung derartiger Projekte enthalten sind.
<u>Begründung</u>
Der erste Bücherschrank in Hannover wurde bereits 2004 aufgestellt; mittlerweile verfügt Hannover über mehr als 30 Bücherschränke, die alle von Langzeitarbeitslosen im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen der Stadt und einem Bildungsträger gebaut werden. Ein analoges Modell wäre auch für Braunschweig denkbar - hier in Trägerschaft der VHS Arbeit und Beruf GmbH. Da immer mehr Bezirksräte die Aufstellung von offenen Bücherschränken beantragen und zum Teil die Kosten aus ihren Bürgerbudgets finanzieren, sollte über die Entwicklung eines Standardmodells für die Stadt Braunschweig nachgedacht werden, zumal ein solches auch den Wiedererkennungswert deutlich erhöht. Zudem können die Bücherschränke so wesentlich kostengünstiger gebaut werden.

Stellungnahme:

Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit den beiden bereits aufgestellten Bücherschränken bedarf es zur Vorbereitung und Umsetzung der von den jeweiligen Stadtbezirksräten vorgeschlagenen Bücherschrankaufstellungen teilweise zeitaufwändiger verwaltungsinterner und mit den Stadtbezirksräten durchzuführender Abstimmungsprozesse, die, ebenso wie die Betreuung der Bücherschränke (z. B. Verkehrssicherungspflicht), ausgesprochen personalintensiv sind und daher auch ressourcentechnisch abgebildet werden müssten.

Insofern wäre, sofern weitere Bücherschränke gewünscht sind, eine Vereinheitlichung von Abläufen sinnvoll.

Um ein einheitliches Verfahren zu entwickeln, hat die Verwaltung bereits ein witterungsbeständiges Bücherschrankmodell konzipiert, welches sich an vorhandenen Modellen orientiert. Dieses befindet sich in der bautechnischen Prüfphase. Es soll den interessierten Stadtbezirksräten in absehbarer Zeit vorgestellt werden. Wesentliches Merkmal des einheitlichen Modells ist die möglichst unkomplizierte Aufstellung durch ein integriertes Fundament.

gez.
Dr. Hesse